



Medienmitteilung

Zürich, 20. Januar 2022

Beschlüsse der Kommissionen

STGK: Bewährte Prozesse bei Wahlen und Abstimmungen sollen bestehen bleiben

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarische Initiative betreffend «Vertrauen in die Abstimmungs- und Wahlresultate als Grundlage der Demokratie sichern» von Esther Guyer, Kantonsrätin der Grünen, abzulehnen ([KR-Nr. 108/2018](#)). Mit der parlamentarischen Initiative wird verlangt, eine Anpassung des Gesetzes über die politischen Rechte vorzunehmen, um die Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit dem E-Voting aufzunehmen. Zwar erachtet die Kommission dieses Anliegen als berechtigt und anerkennt auch das Bemühen, das Vertrauen in die Demokratie stärken zu wollen. Die geforderten Massnahmen gehen ihr aber zu weit und könnten ihrer Ansicht nach gar bewährte Prozesse gefährden.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

KPB: Keine Marktöffnung für unabhängige Lift-Wartungsunternehmen

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt einstimmig, die parlamentarische Initiative betreffend Unterhalt von Beförderungsanlagen von SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein abzulehnen ([KR-Nr. 359/2018](#)). Mit der Initiative wird eine Marktöffnung für unabhängige Wartungsunternehmen gefordert, um überhöhten Wartungskosten für Liftanlagen entgegenzuwirken. Nachdem die parlamentarische Initiative vom Kantonsrat vorläufig unterstützt worden war, kam die Kommission im Lauf ihrer Beratung zum Schluss, dass die Initiative auf kantonaler Gesetzesstufe nicht umsetzbar ist.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.